



# Protokoll

---

Datum: 06. März 2018  
Für: Mitglieder der Cocosol sowie weitere  
Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender  
Auflistung

## Protokoll der 6. Sitzung der beratenden Kommission (Cocosol) vom 06. März 2018

<b>Vorsitz:</b>	Luzius Mader	Präsident; Bundesamt für Justiz / FSZM
<b>Mitglieder:</b>	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstelle Zürich
	Urs Allemann	Ehem. Mitglied Ausschuss SH, Betroffener
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Vizepräsidentin der schweiz. Archivdirektorinnen- und - Direktorenkonferenz ADK
	Lisa Yolanda Hilafu	Ehem. Präsidentin Zwangsadoption- Schweiz, Betroffene
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss SH
	Christian Raetz	Leiter des « bureau cantonal de médiation VD »
<b>Entschuldigt:</b>	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss SH
<b>Ex officio:</b>	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
<b>Protokoll:</b>	Claudia Scheidegger	Bundesamt für Justiz

1 Sitzungsbeginn: 10:00 Uhr

## 2 **1. Begrüssung und Mitteilungen**

3

4 Der **Präsident** begrüsst die Cocosol-Mitglieder zur heutigen Sitzung. Die  
5 Sitzungsunterlagen wurden an alle Mitglieder vor ca. 10 Tagen versandt, damit die  
6 Sitzungsteilnehmer genügend Zeit haben sollten, die Unterlagen zu studieren und ggf.  
7 Fragen an den Fachbereich zu stellen.

8

9 Für diese Sitzung sind insgesamt 7 vollständige Dossiers versendet worden, bei welchen  
10 das BJ ein Nichteintreten oder eine Ablehnung vorsieht. Das Versenden von Kopien der  
11 kompletten Dossiers sollte es den Cocosol-Mitglieder erlauben, sich ein plastischeres  
12 Bild der Sachlage zu machen, als dies bisher nur aufgrund der Zusammenfassungen der  
13 einzelnen Fälle möglich gewesen ist.

14

15 Das Protokoll der letzten Sitzung vom 7. Dezember 2017 wurde nach  
16 Anpassungswünschen noch einmal versandt und konnte – da keine weiteren  
17 Rückmeldungen eintrafen – in dieser Fassung genehmigt werden.

18

### 19 **Entschuldigungen:**

20 Herr Guido Fluri ist heute leider verhindert und kann an der Sitzung nicht teilnehmen.  
21 Frau Laetitia Bernard ist ferienhalber abwesend.

22

23 **Der Präsident** berichtet kurz über die Inhalte und den Verlauf des 15. und zugleich  
24 letzten Runden Tisches, welcher am 8. Februar 2018 stattgefunden. Dieser habe seinen  
25 Auftrag nun in allen wichtigen Punkten erfüllt und könne deswegen aufgelöst werden;  
26 Näheres könne dem Protokoll des RT entnommen werden, das demnächst aufgeschaltet  
27 werde. Weil die Hauptaufgabe des Delegierten des EJPD die Leitung des Runden  
28 Tisches gewesen sei, brauche es damit auch die Funktion des Delegierten nicht mehr.  
29 Soweit sich Opfer und Betroffene bisher an ihn in seiner Funktion als Ombudsperson  
30 gewendet hätten, könnten sie sich stattdessen in Zukunft an die kantonalen Anlaufstellen  
31 wenden; diese hätten ja aufgrund der neuen Rechtsgrundlage in Artikel 14 AFZFG einen  
32 zeitlich unbefristeten Auftrag hierfür.

33

34 **Die Mitglieder der Cocosol** bringen daraufhin klar zum Ausdruck, dass Luzius Mader  
35 nach seiner Pensionierung Präsident der Cocosol bleiben solle und sie wünschen, dass  
36 dies explizit so im Protokoll festgehalten werde.

37

38 **Der Präsident** informiert, dass am 17. Mai 2018 für die Mitglieder des aufgelösten  
39 Runden Tisches noch ein schlichter Anlass geplant sei, an welchem die Arbeiten des  
40 Runden Tisches kurz von Frau Bundesrätin Sommaruga gewürdigt werden sollen. Nach  
41 Möglichkeit sollten die Mitglieder der Cocosol an diesem Anlass auch zugegen sein.

42

43 **Der Präsident** informiert weiter über eine Tagung in Berlin, an welcher er eingeladen  
44 worden sei, um unseren Aufarbeitungsprozess vorstellen zu können und darüber zu  
45 diskutieren. Die Praxis in der Schweiz sei dabei auf grosses Interesse gestossen und  
46 habe viel Beachtung gefunden. Zumindest bisher hätten sich die deutschen Behörden in  
47 ihrem Aufarbeitungsprozess darauf beschränkt, die Betroffenen in kurzen Hearings  
48 anzuhören und das Gesagte zu protokollieren. Weitere Massnahmen, z.B. die  
49 Ausrichtung einer finanziellen Leistung oder andere Hilfestellungen zugunsten der Opfer  
50 seien nicht vorgesehen gewesen. Er stehe dieser Praxis eher etwas skeptisch  
51 gegenüber. Die vor Ort erhaltenen Informationen und der Austausch mit verschiedenen  
52 Exponenten sei sehr interessant gewesen: Die deutschen Gastgeber seien erstaunt  
53 gewesen, wie breit die Aufarbeitung in der Schweiz angegangen worden sei und wie die  
54 Opfer miteinbezogen worden seien.

55 **Der Präsident** weist auch darauf hin, dass auch in England eine unabhängige  
56 Kommission einen Bericht an die Regierung mit Vorschlägen abgeliefert habe, wie die  
57 Aufarbeitung in England umgesetzt und allenfalls Wiedergutmachung geleistet werden

1 könne. Erstaunt sei er darüber gewesen, dass in beiden Ländern keine breite,  
2 wissenschaftliche Aufarbeitung geplant sei, so wie dies aktuell in der Schweiz gemacht  
3 werde.

4  
5 Zum Ablauf der Einreichfrist informiert **der Präsident** darüber, dass es  
6 Bestrebungen im Parlament (insb. Antrag von NR S. Arslan in der nationalrätlichen  
7 Rechtskommission) gegeben habe, die Frist zu verlängern. Dies sei jedoch vom  
8 Parlament abgelehnt worden. In der Romandie wolle man jetzt möglicherweise eine  
9 Initiative lancieren, welche eine Aufhebung der Einreichfrist anstrebe. Er spricht sich  
10 generell gegen solche Vorstösse aus. Die Hauptgründe dafür seien, dass man während  
11 der laufenden Einreichfrist auf verschiedensten Kanälen alles unternommen habe, um  
12 ausreichend zu informieren und zur Gesuchseinreichung zu motivieren. Der zweite  
13 Grund sei, dass er befürchte, dass viele Betroffene weiterhin zögern würden, ein Gesuch  
14 einzureichen, wenn bekannt werde, dass das Parlament eine Fristverlängerung in  
15 Erwägung ziehe. Falls das Parlament nach Ablauf der Frist eine solche Fristverlängerung  
16 oder gar Streichung der Frist dann schliesslich doch ablehnen würde, hätten alle bisher  
17 noch zögernden Betroffenen die Frist definitiv verpasst und wären so erneut schwer  
18 enttäuscht, für Ihr Zuwarten bestraft, und um ihren Anspruch auf einen Solidaritätsbeitrag  
19 gebracht worden. Dies sollte unbedingt vermieden werden.

20  
21 **Der Präsident** versichert auf Anfrage, dass das BJ kulant umgehen werde mit der  
22 Handhabung des Endes der Einreichfrist und den am Schluss noch eingereichten  
23 Gesuchen. Das bedeute insbesondere, dass man am 31. März nicht unbedingt  
24 vollständig ausgefüllte und dokumentierte Gesuche erwarte. Es solle genügen, wenn die  
25 gesuchstellenden Personen vorläufig nur gerade die verlangten Angaben auf den Seiten  
26 1 und 5 machen und das Gesuch unterzeichnen würden. Eine entsprechende Information  
27 samt Merkblatt sei rechtzeitig an alle Anlaufstellen gesendet worden und die Mitglieder  
28 der Cocosol würden dieses auch noch per Mail zu deren nachträglichen Information  
29 erhalten.

30  
31 Die restlichen Seiten bzw. Angaben im Gesuchformular, so. z.B. die Beschreibung zur  
32 Opfereigenschaft, sowie von den Archiven zu einem späteren Zeitpunkt beschaffte Akten  
33 könne man dem Bundesamt für Justiz innert nützlicher Frist ohne weiteres noch  
34 nachreichen.

35  
36 **Der Präsident** informiert schliesslich, dass am 8. März 2018, d.h. drei Wochen vor Ende  
37 der Gesuchseinreichfrist, noch eine Medienmitteilung publiziert werden soll. Darin solle  
38 ein letztes Mal explizit auf das bevorstehende Fristende hingewiesen werden.  
39 Gleichzeitig soll auch darüber informiert werden, wie viele Verfügungen bereits erlassen  
40 worden seien.

## 41 42 43 **2. Stand der eingegangenen Gesuche/Todesfälle**

44 Bis heute sind beim BJ 6'185 Gesuche eingegangen. In den letzten Wochen und  
45 Monaten des neuen Jahres haben sich die Eingänge gegenüber dem Vorjahr also stark  
46 gesteigert. Die letzten Umfrageergebnisse bei den kantonalen Anlaufstellen lassen  
47 überdies darauf schliessen, dass in kommenden drei Wochen nochmals sehr viele  
48 zusätzliche Gesuche eintreffen werden.

49  
50 Über die Gesamtzahl der eingegangenen Gesuche solle nicht unmittelbar nach Ende der  
51 Einreichfrist, sondern erst anlässlich der Veranstaltung vom 17. Mai 2018 im Rahmen  
52 einer Medienmitteilung orientiert werden.

## 53 54 55 **3. Vorgeprüfte Gesuche**

### 56 **4.**

57 344 Gesuche seien für die heutige Sitzung geprüft worden.

58 337 Gesuche konnten gutgeheissen werden.

1 5 Gesuche sieht das BJ zur Ablehnung vor, bei 2 Gesuchen ein Nichteintreten.

2  
3 Es folgen angeregte Diskussionen zur jeweiligen Ausgangslage in den einzelnen  
4 Gesuchen bzw. zur Begründetheit der vorgesehenen Entscheide. Damit keine  
5 Rückschlüsse auf die gesuchstellenden Personen gezogen werden können, enthält das  
6 Protokoll keine weiteren Angaben mit Ausnahme der nachfolgenden Elemente.

7  
8 Diskutiert wurde etwa, ob eine Platzierung innerhalb der Grossfamilie einer  
9 gesuchstellenden Person (Onkel, Tante, Grossmutter) als Fremdplatzierung gelte.  
10 Grundsätzlich gelangte man zum Schluss, dass dies keine Fremdplatzierung darstelle.  
11 Jedoch sei es wichtig, diese Gesuche im Einzelnen sehr genau anzuschauen und bei  
12 Bedarf auch weitere Angaben von den gesuchstellenden Personen nachzufragen,  
13 insbesondere, wie es diesen während einer bestimmten Platzierung ergangen sei. Allein  
14 schon eine unvermittelte Trennung von den Geschwistern bzw. die Art und Weise, wie  
15 diese erfolgt sei, könne u.U. die Opfereigenschaft begründen.

16  
17 Der Präsident weist auch darauf hin, dass man aufmerksam sein müsse, wenn es um  
18 Auslands - Fälle gehe. Dort, wo die Massnahme im Ausland veranlasst, die Platzierung  
19 jedoch dann in der Schweiz stattgefunden habe (z.B. bei den Tibetkindern, bei  
20 Adoptionen), oder eine unter schweizerischer Aufsicht stehende Organisation im Ausland  
21 aktiv nach Kindern zum Zwecke einer Adoption gesucht habe. Solche Fälle müsse man  
22 dann genauer anschauen.

23  
24 Der Präsident gibt weiter bekannt, dass weitere sechs dringliche Gesuche inzwischen  
25 noch bearbeitet worden sind, welche nicht auf der an die Mitglieder der Cocosol  
26 versendeten Liste aufgeführt waren (eine entsprechende kurze Liste mit diesen Fällen  
27 wurde an der Sitzung verteilt).

28  
29 **Der Präsident** informiert über die Handhabung der Gesuche von Personen, welche  
30 bereits Soforthilfe erhalten hatten bzw. deren Opfereigenschaft im Rahmen des  
31 Soforthilfe- Verfahrens bereits anerkannt worden war. Es sei vorgesehen, dass diese  
32 Gesuche bis Ende Jahr abgeschlossen und ausbezahlt sein sollten.

33  
34 **Der Präsident** kommt kurz noch einmal auf die Prioritätenordnung zu sprechen und ruft  
35 sie wie folgt in Erinnerung:

36  
37 **Prio K** wird Gesuchen von Personen zugeteilt, die nachweislich (Arztzeugnis) schwer  
38 krank sind und deren verbleibende Lebenszeit sich voraussichtlich nur noch nach  
39 wenigen Wochen und Monaten bemisst (insb. Krebserkrankungen im Endstadium u.ä).  
40 **Prio A** wird Gesuchen von Personen zugeteilt, die älter als 75 Jahre alt sind. Bei diesen  
41 Gesuchen würde dann noch eine zusätzlich Feinunterteilung gemacht; höchste Priorität  
42 genossen demnach die über 90-Jährigen, gefolgt von der nächsten Altersgruppe etc.).  
43 **Prio S** wird schliesslich Gesuchen von Personen zugeteilt, die entweder bereits  
44 Soforthilfe erhalten haben oder deren Opfereigenschaft im Rahmen des Soforthilfe-  
45 Verfahrens bereits anerkannt worden ist.

## 46 47 **5. Grundsatzdiskussionen**

48  
49 Die Kommission äusserte sich zu zwei Fällen. Der eine betraf eine verfahrensrechtliche  
50 Frage betreffend die Entgegennahme eines Gesuches einer Person (deren  
51 Opfereigenschaft völlig klar ist), das einwandfrei und fristgerecht ausgefüllt und im  
52 Umschlag versandbereit war, das aber umständehalber wegen des plötzlichen Todes  
53 nicht mehr eingereicht werden konnte.  
54 Der andere Fall betraf den Aspekt der prioritären Behandlung eines bestimmten  
55 Gesuches.

1 **6. Selbsthilfe-Projekte**

2 **Reto Brand** informiert über den aktuellen Stand der bislang eingereichten Selbsthilfe-  
3 Projekte. Besonders schnelle Projektfortschritte gebe es beim Projekt von Urs Allemann,  
4 das dieser insbesondere in Zusammenarbeit mit der Guido Fluri-Stiftung zu lancieren  
5 versuche. Die Arbeiten seien dort weit fortgeschritten und der Reifegrad der Unterlagen  
6 sei bereits sehr hoch. Das bisher am weitesten fortgeschrittene Selbsthilfeprojekt  
7 stamme aus der Region Basel. Einige weitere Projekte stünden eher in der  
8 Anfangsphase; sie würden sich aber auch gut entwickeln und man sei im Dialog mit den  
9 Gesuchstellern.

10  
11  
12 **7. Cocosol- Sitzungen (Arbeitsweise)**

13 Der Präsident informiert darüber, dass das BJ wirklich dringliche Gesuche künftig auf  
14 dem Zirkularweg an die Mitglieder der Cocosol senden würde. Diese hätten dann die  
15 Möglichkeit, bei Bedarf nachzufragen. Bei Ablehnungen hingegen soll das  
16 Zirkularverfahren nicht zur Anwendung kommen. Diese Gesuche sollen ausschliesslich  
17 mündlich in Anwesenheit der Kommissionsmitglieder an einer Sitzung diskutiert werden.  
18 Es sei wichtig, dass sich die Kommission im Detail damit befassen könne. Der  
19 gegenseitige Austausch der Sichtweisen und Argumente erachte der Präsident als sehr  
20 wichtig.

21  
22 **8. Verschiedenes**

23  
24 Die nächste Sitzung findet am 23. Mai 2018 von 10-16 Uhr, Sitzungszimmer 60, des BJ  
25 statt. Eine Einladung wird folgen.

26  
27 Ende der Sitzung: ca. 15.00h  
28



# Procès-verbal

---

Date:

6 mars 2018

Destinataires:

membres de la Cocosol et autres participants à la séance mentionnés ci-dessous

## Procès-verbal de la 6<sup>e</sup> séance de la commission consultative (Cocosol) du 6 mars 2018

<b>Présidence:</b>	Luzius Mader	Président Office fédéral de la justice / MCFA
<b>Membres:</b>	Elsbeth Aeschlimann	Ancienne représentante du point de contact du canton de Zurich
	Urs Allemann	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Barbara Studer Immenhauser	Archiviste cantonale du canton de Berne et vice-présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)
	Lisa Yolanda Hilafu	Ancienne présidente de Zwangsadoption-Schweiz, personne concernée
	Maria Luisa Zürcher	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
	Christian Raetz	Chef du Bureau de médiation du canton de Vaud
<b>Excusés:</b>	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée
	Laetitia Bernard	Collaboratrice du centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
<b>Collaborateur OFJ:</b>	Reto Brand	Office fédéral de la justice / chef de l'unité MCFA
<b>Procès-verbal:</b>	Claudia Scheidegger	Office fédéral de la justice

1 Début de la séance: 10 heures

## 2 **1. Accueil et communications**

3

4 Le **président** souhaite la bienvenue aux personnes présentes. Tous les membres de la  
5 Cocosol ont reçu les documents de séance il y a une dizaine de jours, afin qu'ils aient le  
6 temps de les étudier et, le cas échéant, de poser des questions à l'unité MCFA.

7

8 En vue de cette séance, ils ont reçu sept dossiers complets pour lesquels l'OFJ prévoit  
9 une non-entrée en matière ou un rejet. L'envoi de copies de l'intégralité des dossiers doit  
10 permettre aux membres de la Cocosol de se faire une meilleure idée des cas que celle  
11 qu'ils ont pu se faire des cas traités précédemment, dont ils n'avaient reçu qu'un résumé.

12

13 Après avoir été modifié selon les vœux exprimés par les membres de la Cocosol, le  
14 procès-verbal de la séance du 7 décembre 2017 a été renvoyé à ces derniers. Comme il  
15 n'a donné lieu à aucune nouvelle remarque, il est adopté en l'état.

16

### 17 **Personnes excusées**

18 Monsieur Guido Fluri n'a pu venir à la séance en raison d'un empêchement. Madame  
19 Laetitia Bernard est absente pour cause de vacances.

20

21 **Le président** parle brièvement de la teneur et du déroulement de la 15<sup>e</sup> et dernière  
22 Table ronde, qui a eu lieu le 8 février dernier. Il constate que la Table ronde a rempli sa  
23 mission sur tous les points essentiels et qu'elle peut donc être dissoute. Il renvoie ceux  
24 qui souhaitent en savoir plus au procès-verbal, qui sera mis en ligne sous peu. Il relève  
25 que, vu que le délégué du DFJP avait pour tâche principale de diriger la Table ronde,  
26 cette fonction n'a plus d'objet. Les victimes et les personnes concernées qui se sont  
27 adressées à lui en sa qualité d'ombudsman peuvent dorénavant se tourner vers les  
28 points de contact cantonaux, que l'art. 14 LMCFA investit pour une durée indéterminée  
29 d'une mission de conseil et de soutien.

30

31 **Les membres de la Cocosol** expriment le vœu qu'après sa retraite Luzius Mader reste  
32 président de la Cocosol et demandent que cela soit mentionné explicitement dans le  
33 procès-verbal.

34

35 **Le président** annonce que le 17 mai 2018 une cérémonie est prévue pour les membres  
36 de la Table ronde, lors de laquelle la conseillère fédérale Simonetta Sommaruga rendra  
37 brièvement hommage au travail de cet organe. Il suggère que les membres de la  
38 Cocosol viennent si possible également à cette cérémonie.

39

40 **Le président** mentionne ensuite un symposium qui s'est tenu à Berlin et auquel il a été  
41 invité pour présenter le travail de mémoire effectué en Suisse et discuter de celui-ci. Ce  
42 travail a suscité un vif intérêt. Jusqu'à ce jour en tout cas, les autorités allemandes se  
43 sont contentées, pour leur part, d'entendre les personnes concernées dans le cadre de  
44 brèves auditions et de consigner leurs propos dans un procès-verbal. Elles n'ont jamais  
45 prévu d'autres mesures en faveur des victimes, telles que le versement d'une  
46 compensation financière. Le président est quelque peu sceptique face à cette manière de  
47 procéder. Il estime cependant que ce qu'il a appris et les échanges avec différents  
48 intervenants étaient très intéressants. Il dit que les hôtes allemands se sont montrés  
49 étonnés de l'ampleur du travail de mémoire entrepris en Suisse et de la manière dont les  
50 victimes sont associées à ce processus.

51

52 **Le président** signale qu'en Angleterre une commission indépendante a remis au  
53 gouvernement un rapport contenant des propositions relatives à la forme que pourraient  
54 prendre le travail de mémoire et d'éventuelles mesures de réparation. Il est étonné que ni  
55 l'Allemagne ni l'Angleterre n'envisagent de mener, comme le fait actuellement la Suisse,  
56 une vaste étude scientifique.

57

1 Concernant le délai de dépôt des demandes, **le président** rapporte que des  
2 parlementaires (en particulier la conseillère nationale S. Arslan, membre de la  
3 Commission des affaires juridiques du Conseil national) ont proposé qu'il soit prolongé,  
4 mais que le Parlement s'y est opposé. En Suisse romande, une initiative demandant la  
5 suppression du délai de dépôt des demandes va peut-être être lancée. Le président  
6 déclare que, d'une manière générale, il est opposé à ce genre de proposition,  
7 principalement pour deux raisons. Premièrement, il fait valoir que, durant le délai en  
8 question, qui court toujours, tout a été entrepris, en utilisant toutes sortes de canaux de  
9 communication, pour assurer une information suffisante et pour inciter les personnes  
10 concernées à déposer une demande. Deuxièmement, il invoque la crainte que, si les  
11 personnes concernées apprenaient que le Parlement examine une prolongation du délai,  
12 beaucoup d'entre elles continueraient d'hésiter à déposer une demande et risqueraient  
13 d'être une fois de plus extrêmement déçues et de se retrouver privées de leur droit à une  
14 contribution de solidarité et donc punies d'avoir attendu si, au terme du délai, le  
15 Parlement refusait finalement de le prolonger ou de le supprimer. Il estime que cela doit  
16 être évité à tout prix.

17  
18 En réponse à une question, **le président** garantit que l'OFJ fera preuve de souplesse en  
19 ce qui concerne les demandes déposées à la dernière minute. Cela signifie en particulier  
20 qu'on ne s'attend pas forcément à ce que les demandes déposées le 31 mars soient  
21 complètes et dûment documentées. Il suffit que les demandeurs fournissent, dans un  
22 premier temps, les indications demandées sur les pages 1 et 5 du formulaire de  
23 demande et qu'ils signent ce dernier. Tous les points de contact ont reçu des  
24 informations en ce sens, accompagnées d'une notice. Celle-ci va également être  
25 envoyée pour information, par courriel, aux membres de la Cocosol.

26  
27 Les autres pages du formulaire de demande, par exemple la partie concernant la  
28 description de la qualité de victime, et les documents obtenus auprès des archives  
29 peuvent être remis à l'OFJ ultérieurement, en temps utile.

30  
31 Enfin, **le président** signale qu'il est prévu de publier un communiqué de presse le 8 mars  
32 2018, soit trois semaines avant l'échéance du délai de dépôt des demandes, afin d'attirer  
33 l'attention une dernière fois sur cette échéance, désormais imminente, et de renseigner  
34 sur le nombre de décisions qui ont déjà été rendues.

## 37 **2. Nombre de demandes reçues / décès**

38  
39 À ce jour, l'OFJ a reçu 6185 demandes. Le nombre de demandes a donc fortement  
40 augmenté depuis le début de l'année. Par ailleurs, la dernière enquête menée auprès  
41 des points de contact cantonaux laisse prévoir que de très nombreuses demandes vont  
42 encore être déposées ces trois prochaines semaines.

43  
44 Le nombre total de demandes déposées sera révélé non pas immédiatement après  
45 l'échéance du délai de dépôt, mais seulement le 17 mai 2018, dans un communiqué de  
46 presse publié à l'occasion de la cérémonie mentionnée précédemment.

## 49 **3. Demandes ayant fait l'objet d'un examen préliminaire**

50  
51 344 demandes ont été examinées en vue de cette séance.

52 337 demandes ont été acceptées.

53 L'OFJ prévoit de rejeter 5 demandes et de ne pas entrer en matière dans 2 cas.

54  
55 S'ensuivent des discussions animées sur les situations décrites dans les demandes et  
56 sur le bien-fondé des décisions prévues. Afin que les demandeurs concernés ne puissent  
57 être identifiés, le présent procès-verbal ne contient que les informations suivantes en ce  
58 qui concerne le contenu de ces échanges.



1  
2 Les discussions portent notamment sur la question de savoir si le placement auprès d'un  
3 membre de la famille élargie du demandeur (oncle, tante, grand-mère) doit être  
4 considéré comme un placement extrafamilial. Les participants parviennent à la  
5 conclusion qu'en principe la réponse à cette question est négative, mais qu'il convient  
6 d'examiner très attentivement les demandes relatives à une telle situation et, si  
7 nécessaire, de demander aux personnes concernées des informations complémentaires,  
8 en particulier sur ce qu'elles ont vécu durant leur placement. Si une personne a été  
9 séparée de ses frères et sœurs, la manière dont cette séparation a eu lieu (par ex. si elle  
10 s'est faite brusquement) peut suffire à fonder la qualité de victime.

11  
12 **Le président** dit qu'il faut étudier attentivement les cas concernant l'étranger, à savoir  
13 ceux où une mesure a été ordonnée à l'étranger mais où le placement a eu lieu en  
14 Suisse (par ex. cas d'enfants tibétains, adoptions) ou dans lesquels une organisation  
15 placée sous surveillance suisse a recherché activement à l'étranger des enfants en vue  
16 de leur adoption.

17  
18 **Le président** signale que, depuis l'envoi des documents de séance, six demandes  
19 urgentes, qui ne figuraient donc pas sur la liste reçue par les membres de la Cocosol, ont  
20 été traitées (une liste de ces cas est distribuée lors de la séance).

21  
22 Par ailleurs, il évoque les demandes déposées par des personnes qui ont bénéficié de  
23 l'aide immédiate ou dont la qualité de victime a été reconnue dans le cadre de la  
24 procédure relative à cette dernière. Il annonce qu'il est prévu de traiter ces demandes et  
25 d'effectuer les versements correspondants d'ici à la fin de l'année.

26  
27 **Le président** revient brièvement sur les demandes prioritaires, dont il rappelle qu'elles  
28 sont de trois types:

29  
30 **Prio K:** concerne les demandes déposées par des personnes dont il est prouvé (par un  
31 certificat médical) qu'elles sont gravement malades et qui n'ont probablement plus que  
32 quelques semaines ou mois à vivre (par ex. personnes atteintes d'un cancer au stade  
33 terminal).

34  
35 **Prio A:** concerne les demandes déposées par des personnes qui ont plus de 75 ans; la  
36 plus grande priorité est accordée aux demandes des personnes de plus de 90 ans.

37  
38 **Prio S:** concerne les demandes déposées par des personnes qui ont bénéficié de l'aide  
39 immédiate ou dont la qualité de victime a été reconnue dans le cadre de la procédure  
40 relative à cette dernière.

#### 41 42 43 **4. Questions de principe**

44  
45 La commission s'exprime sur deux cas. Le premier soulève une question de procédure  
46 quant à la réception d'un formulaire de demande qui a été dûment rempli et glissé dans  
47 une enveloppe dans les délais, mais qui n'a plus pu être envoyé en raison du décès du  
48 demandeur, dont la qualité de victime était clairement établie. Le deuxième pose la  
49 question de la priorité à accorder à la demande concernée.

#### 50 51 52 **5. Projets d'entraide**

53  
54 **Reto Brand** évoque les projets d'entraide déposés à ce jour. Le projet qu'Urs Allemann  
55 tente de lancer avec la Fondation Guido Fluri progresse particulièrement vite: les travaux,  
56 notamment la constitution du dossier, sont très avancés. Le projet d'entraide qui est le  
57 plus avancé est élaboré dans la région de Bâle. Quelques autres projets se trouvent

1 dans leur phase initiale, mais sont en bonne voie. Les discussions avec les organismes  
2 responsables sont en cours.

## 3 4 5 **6. Séances de la Cocosol (mode de travail)**

6  
7 Le président annonce que l'OFJ enverra dorénavant les demandes vraiment urgentes et  
8 qu'il est prévu d'accepter aux membres de la Cocosol par voie de circulaire. Si  
9 nécessaire, ceux-ci pourront demander des précisions. Cette procédure ne sera pas  
10 appliquée pour les demandes qu'il est prévu de rejeter, qui seront discutées  
11 exclusivement dans le cadre d'une séance de la Cocosol. Selon le président, il est en  
12 effet important que les membres de la commission puissent examiner ces demandes en  
13 détail, en échangeant leurs points de vue et en présentant leurs arguments.

## 14 15 16 **7. Divers**

17  
18 La prochaine séance aura lieu à l'OFJ le 23 mai 2018, de 10 à 16 heures, dans la salle  
19 de réunion n° 60. Une invitation suivra.

20  
21 Fin de la séance vers 15 heures.  
22